

## Soziale Medien und Demokratiefähigkeit

### Kurztitel

Demokratiefähigkeit

### AutorInnen

Philip Freytag, Lisa-Maria Neudert, Roland W. Scholz, Cornelia Sindermann

Für das dauerhafte Gelingen einer demokratischen Grundordnung müssen unter anderem Voraussetzungen erfüllt sein, die auf Ebene der einzelnen Individuen einer Gesellschaft angesiedelt sind. Zu diesen individuellen Eigenschaften gehört die Befähigung zu einer kompetenten und kundigen Wahlentscheidung sowie die Fähigkeit und Bereitschaft politischer Mitwirkung. Solch eine politische Mündigkeit Einzelner kann durch Strukturen oder Wirkungen „sozialer Medien“ direkt gefährdet sein oder indirekt unterwandert werden.

Zu den direkten Gefährdungen gehören beispielsweise die Manipulation von Daten und (un-)bewusste Meinungsbeeinflussung (Irreführung): Auf Grundlage von Fehlinformationen können Einzelne keine souveränen Entscheidungen treffen. Demokratische Souveränität und politische Mündigkeit sind also beispielsweise dann gefährdet, wenn Einzelne keine Möglichkeiten haben, die Güte von Informationen zu überprüfen oder die Mechanismen ihrer Generierung zu erkennen.

Hinzu kommen indirekte Auswirkungen weiterer Veränderungen der Informationsökonomie „sozialer Medien“: Da Daten in diesen Medien weitgehend auf Grundlage personalisierter Profile algorithmisch sortiert werden, erhalten Individuen verstärkt jene Informationen, die ihre eigenen Vorannahmen unreflektiert verstärken. Es kommt tendenziell zur Bildung von Echokammern und Filterblasen; eine selbstkritische Meinungsbildung der BürgerInnen wird zunehmend unwahrscheinlich. Wer sich allein auf diese Weise informiert, dem drohen neue und kritische Perspektiven verloren zu gehen bis hin zum Verlust eines ausgewogenen Realitätssinns („Reality-Shift“; Sugiyama et al., 2017).

Will man politische Mündigkeit und Demokratiefähigkeit Einzelner sicherstellen, so müssen Individuen in die Lage versetzt werden, beurteilen zu können, was eine zuverlässige Informationsquelle ist. Hier erscheinen regulatorische Eingriffe zur Aufrechterhaltung der informationellen Selbstbestimmung der Individuen erforderlich (Reliable Information Act). So lässt sich die Herkunft von Informationen grundsätzlich, zumindest in Teilen, nachverfolgen. Die Ergebnisse verlässlicher Informationsquellen sollten bei Suchanfragen daher bevorzugt dargestellt werden. Dazu braucht es regulatorische Mechanismen zur Informationsstratifizierung.

Zum souveränen Umgang mit Informationen gehört die Möglichkeit diese kritisch aber sachlich zu diskutieren. Neue Phänomene wie Hate Speech und Geschäftsmodelle, die Polarisierungen begünstigen, verhindern zunehmend die Sachorientierung öffentlicher Diskurse. Hier braucht es öffentlich-rechtliche Alternativen (als Plattformbetreiber) oder unabhängige Regulierungsinstanzen.

## Beschreibung des Unseens

Demokratie kann als ein gesellschaftliches Regelungssystem verstanden werden (Rawls, 2005): Gesetzliche und verfassungsmäßige Grundsätze und Vorschriften, politische Ordnungen und Systeme sowie Macht und Verfügungsbefugnisse (gewählter) politischer Akteure werden darin durch die (Wahl-)Stimmen der BürgerInnen sowie die Beteiligung der BürgerInnen an politischen Prozessen durch Offline- und Online- Beteiligungsinstrumente auf nationaler, regionaler und (supra-)nationaler Ebene bestimmt. Durch die herausgehobene Stellung der Wahl politischer Themen oder Repräsentanten durch BürgerInnen, kommt der politischen Urteilsfähigkeit der oder des Einzelnen eine nur schwer zu überschätzende Bedeutung für die Demokratiefähigkeit einer Gesellschaft zu. Von dieser Urteilsfähigkeit steht jedoch zu befürchten, dass sie durch die Wirkweisen der „sozialen Medien“ ausgehöhlt wird.

Betrachtet man den einzelnen Menschen, so gibt es eine Reihe von normativen Merkmalen, die seine Demokratiefähigkeit beschreiben (May, 2007). Dazu gehört die Möglichkeit informationeller Selbstbestimmung: Das angemessene, unverfälschte „Informiert-Sein“ („*the right to know*“) ist ein Grundrecht der Demokratie im Rahmen des Transparenzgebotes (freedom of information)<sup>1</sup>. Aus der Sicht Einzelner wird jedoch die Vertrauenswürdigkeit der Information, und somit der Daten, durch den Erfahrungsraum „soziale Medien“ in grundsätzlicher Weise in Frage gestellt: Die Informationsarchitektur „sozialer Medien“ erschwert die aktive und souveräne Informationsbeschaffung und Erkenntnisgenerierung; sie befördert eine passive und von Dritten abhängige Wissenskultur, insbesondere im Bereich der news feed (Lynch, 2017). Und dies eben deswegen, weil

auch die „sozialen Medien“ zunächst einmal Zugang zu den enormen Wissensbeständen des Internets schaffen und zugleich in besonderer Weise („sozial“ bzw. profitabel) strukturieren. Durch dieses in seiner Quantität nie dagewesene und neuartig strukturierte Wissensangebot entstehen Abhängigkeiten von diesem. Zugleich sind die Mechanismen dieses Informationsangebots für die Einzelnen weitgehend intransparent. Die Möglichkeit, die Güte von Informationen zu hinterfragen, entfällt weitgehend und so auch die kritischen Potenziale der Wissensmehrung.

Damit drohen Abhängigkeiten und Asymmetrien, die die deliberativen und diskursiven Prozesse einer demokratischen Ordnung beeinträchtigen. Dies betrifft insbesondere die Anerkennung der Andersartigkeit (der Meinungen und Forderungen) Anderer, das Akzeptieren von Mehrheitsentscheidungen sowie Kompromisse und Abwägungs- und Verhandlungsprozesse (um Mehrheiten zu erlangen)(Renn et al., 2007).

Hier zeigt sich, dass der Übergang von den *klassischen Massenmedien* zur vermeintlich autonomen Informationsbeschaffung eine Verschiebung des Agenda-Settings bedeutet (Pörksen, 2018): So wurde die Informationsauswahl bei den Massenmedien durch Redaktionen und JournalistInnen geleistet („Gate-Keeper“); in den „sozialen Medien“ hingegen gibt es eine Vielzahl von professionellen Anbietern sowie mehr oder weniger aktive nicht-professionelle NutzerInnen, die Informationen erzeugen („mass-self communication“). Hinzu kommen Personalisierungsfunktionen, selektive Wahrnehmungen wie Priorisierungen oder Streichungen einzelner Informationen.

<sup>1</sup> Kersting, N. (2019). Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung - Status Quo und Zukunft. in Hofmann, J. et al. (eds) Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven (Bielefeld: Transcript. p 105 – 122. <https://doi.org/10.14361/9783839448649-006>

Die Auswirkungen „sozialer Medien“ sind umstritten. So gibt es optimistische Einschätzungen, wonach diese auch als Katalysator für demokratische Prozesse dienen könnten. Dies ist insbesondere im Zusammenhang mit den Protestbewegungen des Arabischen Frühlings bemerkt worden (Hofheinz, 2013).

Dazu wäre allerdings die Klärung der Frage vorauszusetzen, welche Auswirkungen auf die Demokratiefähigkeit die Systemdesigns „sozialer Medien“ haben. Konkret gefragt: Was sind die Mechanismen und Kriterien, wonach Daten und Informationen sortiert werden? Bekannt sind bspw. Prozesse wie *Microtargeting* oder der Einsatz von *Social Bots*, die sich effektiv darin gleich sind, dass Einzelne ihr Wirken allenfalls vermuten können; Reichweite und grundsätzliche Beeinflussungsrichtung bleiben jedoch unerkannt.

*Zusammenfassend* muss man festhalten, dass in „sozialen Medien“ Informationen mit unkontrollierter Breite und Güte vermittelt werden. Diese Informationen unterliegen teilweise nicht nachvollziehbaren Verzerrungen, Verdrehungen und Fälschungen. Dies kann zu Werbe-

zwecken, politischer, religiöser und anderweitiger Propaganda, Mobilisierung und Demobilisierung bezogen auf Wahlen und auf politische Prozesse dienen. Solche „Informationen“ kommen zum Teil aus Quellen, deren Ursprünge nicht nachvollziehbar sind.

Hinzu kommen Verstärkungsprozesse, welche unter anderem bedingt sind durch sogenannte *Filterblasen* (durch Algorithmen geschaffene personalisierte Darbietung von Informationen im Internet), durch *Echokammern* (es werden nur bestimmte, potenziell zu den schon vorhandenen Einstellungen passende Informationen wiederholt dargeboten), *Political Social Bots*, welche in subtiler (unbemerkt) und sublimarer (unbewusster) Form die Herausbildung bestimmter Meinungen gezielt beeinflussen aber auch deliberative „Kampf-Accounts“ für den Infokrieg oder Troll-Farmen, die in der Regel von Menschen betrieben werden. *Zusammengenommen* ist dadurch sogar eine leistungsfähige politische Überwachung und eine gleichermaßen technologische wie sehr nachdrückliche politische Beeinflussung Einzelner, und damit einer gesamten Demokratie, möglich (*Political Surveillance Society*).

## *Ursachen und Erklärung zur Entstehung der Unseens*

Viele Mechanismen der „sozialen Medien“ beruhen auf Individualisierungs- und Personalisierungsfunktionen bereitgestellter Informationen. Mittels Algorithmen erzeugen „soziale Medien“, aber auch andere Internetakteure, Filterblasen (dies sind durch solche Algorithmen gefilterte Informationspräsentationen). Auch eine digitale Echokammer (Umgebung, in der bestimmte Informationen, die potenziell zu der eigenen Einstellung passen, wie ein Echo immer wiedergegeben werden) kann durch Personalisierung entstehen. Mittels des Verhaltens und des Wahrnehmens von Informationen durch das Individuum lernt der Algorithmus die oder den Einzelnen kennen und

schlussfolgert, welche Informationen dieses Individuum am meisten ansprechen, also in ihrer oder seiner Meinung bestätigen. Algorithmen innerhalb „sozialer Medien“ filtern daraufhin alle vorhandenen Informationen und zeigen jedem Individuum vor allem das, was für das entsprechende Individuum als passend eingeschätzt wird und es auf der Plattform hält. Dadurch wird das Medium selbst zum Gatekeeper und der Algorithmus zum Analysewerkzeug. Durch die selektive Informationspräsentation kann es zu einer Verstärkung des *Confirmation Bias* (Interpretation von Informationen, sodass diese ins bestehende Weltbild

passen) kommen. Durch das digitale Echo einer Meinung, ohne Verfügbarkeit alternativer Informationen, entsteht eine Verzerrung der wahrgenommenen Realität („Reality Shift“).

Aus diesem Wandlungsprozess könnte somit eine Reduktion von Vielfalt in der Meinungsbildung und -äußerung („silencing personal opinion“) resultieren, mit allen sich daraus ergebenden demokratiepolitischen Konsequenzen. Auch interpersonelle Kommunikation (siehe 5.2.) wird durch diese Prozesse erschwert.

Die voranschreitende „Datafizierung“ kann dabei nicht nur zu einer verstärkten Kommerzialisierung von Lebensbereichen führen. Regelmäßig wird über Datenschutzverletzungen in den sozialen Medien berichtet. Skandale wie der um Cambridge Analytica führen großen Bevölkerungsteilen regelmäßig vor Augen, dass das Individuum nicht mehr nur real, sondern auch digital existiert. Zudem wird deutlich, dass diese *digitale* Existenz zu Interessen geleiteten Schlussfolgerungen von „sozialen Medien“ und sonstigen Akteuren führen kann. An diese Schlussfolgerungen schließen sich Handlungen an, die das Individuum betreffen (personalisierte Werbung, Meinungsbeeinflussung, etc.). Das Wissen um diese Mechanismen kann ein permanentes Gefühl von Überwachung hervorrufen, welches zu einer Abschreckung („Chilling Effekt“) führen und eine Schweigespirale bewirken kann: einer abnehmenden Bereitschaft Einzelner, tendenziell konträre Meinung zu äußern, um nicht mit den potenziellen Negativreaktionen konfrontiert sein zu müssen.

Effektiv bedeutet dies eine Selbstzensur der Meinungs- bzw. Kommunikationsfreiheit, was eine demokratiepolitisch verheerende Wirkung darstellt.

In diesem Zusammenhang erwähnenswert sind auch „Chilling effects on speech“ durch algorithmische Entscheidungen. Zusätzlich, und wie oben bereits kurz erwähnt, sind mögliche

politische und kommerzielle Manipulationen zu beachten, die – personalisiert und durch „Microtargeting“ und „Social Bots“ unterstützt – von Interessengruppen außerhalb der Plattformanbieter und deren Algorithmen verwendet werden. Eine Vielzahl von Anbietern in den sozialen Medien ermöglicht das zielgerichtete Ausspielen von Botschaften an (über Algorithmen) definierte Zielgruppen gegen Bezahlung. So kann bereits länger praktiziertes „Microtargeting“ effizient in sozialen Medien fortgesetzt werden. Unter Zuhilfenahme von „Social Bots“ kann darüber hinaus viel häufiger und intensiver mit der gewünschten Zielgruppe in Kontakt getreten werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Überwachung politischer und wirtschaftlicher Prozesse zu diskutieren. So, wenn Daten an Geheimdienste weitergeleitet werden.

Zusätzlich ist auch die Problematik zunehmender gezielter Desinformation, auch als „Fake News“ diskutiert, zu beachten. Die Ausbreitung solcher Falschmeldungen hat beispielsweise im Zuge der Coronavirus-Pandemie ein ebenso Personen-diskreditierendes (bes. Bill Gates) wie auch die öffentliche Gesundheit gefährdendes Potenzial gezeigt („Lügen-Pandemie“). Stets werden dabei zwei Faktoren kombiniert: Das angenommene Einordnen von Individuen in „Filterblasen“ und „Echokammern“, in welche dann zielgruppengenau externer, bezahlter (manipulierter) Inhalt gespielt werden kann. Dies unterwandert tendenziell die Entscheidungsfähigkeit der oder des Einzelnen. Für die jeweiligen NutzerInnen verstärkt sich durch die Vielzahl von gleichen Inhalten der Gruppendruck und somit der Confirmation Bias.

Über die Ermöglichung von Fake News hinaus begünstigt das Geschäftsmodell der Plattformbetreiber (Gewinnmaximierung durch werbetaugliche Personalisierung der Inhalte) die Zuspitzung und Polarisierung öffentlicher Debat-

ten. In diesem Zusammenhang entstehen neuartige Kommunikationsphänomene wie „Hate Speech“ und Entrüstungstürme, die auf Dauer die für Demokratien überlebenswichtige

Möglichkeit verhindern, komplexen Herausforderungen (wie dem Klimawandel) sachlich und wissenschaftsorientiert Lösungen durch öffentlichen Austausch zuzuführen.<sup>2</sup>

## *An welchen Zielen orientiert sich ein Umgang mit den Unseens?*

Seit den antiken Staatslehren herrscht Einigkeit darüber, dass Individuen über eine gewisse Eignung verfügen können müssen, um zu politischer Teilhabe befähigt zu sein<sup>3</sup>. Dabei kommt dem Staat die Aufgabe zu, die Ausbildung solcher Eignung zu befördern. Er tut dies beispielsweise schon durch die Wahrnehmung seines Bildungsauftrags, durch die Bereitstellung eines öffentlichen Schul- und Bildungssystems. Darin geht es nicht nur um das Erlernen von Fachkenntnissen, sondern vor allem um die Fähigkeit zum selbstständigen Denken; so der Aufklärungsanspruch seit Kant. Solcher Erziehungs- und Aufklärungsanspruch ist jedoch an die „öffentliche Darstellung der Wahrheit“ (Habermas, 1962) geknüpft. Dem Staat

kommt dabei nicht die Aufgabe zu, zu entscheiden, was wahr ist, sondern die öffentliche Auseinandersetzung über diese Frage zu ermöglichen (Strohschneider, 2018). Daraus leitet sich der Auftrag ab, Asymmetrien und Verzerrungen beim „öffentlichen Zugang zu Wahrheit“ zu vermeiden. Positiv gewendet: Der Staat muss den öffentlichen Zugang so gestalten, dass jede (r) Einzelne, sich selbst eine kritikfähige Meinung bilden kann. Es geht um die Sicherung politischer Mündigkeit seiner BürgerInnen, ohne die Demokratie nicht gelingen kann. Dazu braucht es eine pluralistische Datenpolitik, die die informationstechnologischen Systemdesigns „sozialer Medien“ demokratiekompatibel gestaltet.

## *Welche Maßnahmen sind für welche Ziele sinnvoll?*

Will man übermäßige Personalisierung von Informationen verhindern oder begrenzen, müssen Einzelne in der Lage sein, zu erkennen, woher die jeweiligen Informationen stammen: Eine zentrale Lösungsdimension ist die Bereitstellung von Plattformen zur informationellen Selbstbestimmung. Hierfür gibt es bestehende und vielversprechende Ansätze (<https://www.weforum.org/platforms/shaping-the-future-of-cybersecurity-and-digital-trust>). [Transparenz bei der Herkunft von Daten] und Informationen kann auch durch Daten-Verwertungszertifikate (z. B. Block-Chain-Technologien) bereitgestellt werden. Auch unabhängige

Recherchezentren (bspw. <https://correctiv.org>) müssten institutionell gestärkt und ihr Nutzen stärker öffentlich beworben werden. Mit der Gestaltung dieser Angebote kann die soziale Medien-Kompetenz der und des Einzelnen verbessert werden. Die Steuerung und Gestaltung der soziale Medien-Kompetenz Einzelner erweist sich so als politischer Handlungsspielraum.

Dabei ist folgende Wechselwirkung beachtenswert: Die soziale Medien Kompetenz Einzelner entfaltet sich umso wirkungsvoller, wenn sie mit einer Transparenz der Informationsfilter kombiniert wird: Daten-transparenz auf der

<sup>2</sup> Vgl. zuletzt: Riegraf, B (2020). „Hate Speech – Bedrohung für die Wissenschaft“. In (eds.) *Forschung & Lehre* (4) 20, p. 281.

<sup>3</sup> Bubner R (1996). *Welche Rationalität bekommt der Gesellschaft?* In (eds.) *Vier Kapitel aus dem Naturrecht*. Suhrkamp.



Seite der Provider – Datenkompetenz auf der Seite der BürgerInnen.

Um Einzelne vor intransparenten kommerziellen und politischen Beeinflussungen Dritter zu schützen, erscheint es erforderlich, den NutzerInnen eine Personalisierungshoheit einzuräumen: Einzelne sollten selbst entscheiden können, welche Datenpräferenzen sie setzen und auf die Folgen aufmerksam gemacht werden.

Da es hier jedoch auch gilt, die staatstragende Rolle etablierter Parteien zu berücksichtigen, erscheint es geboten, Kooperationsformate von BürgerInnen, politischen Parteien und Providern zu entwickeln. Dies könnte so aussehen, dass allein die an solcher Zusammenarbeit mitwirkenden Unternehmen bspw. Data-Qualität-Audits erhalten. Darin könnten auch

Regelungen zum Daten-Diversitäts-Design enthalten sein oder dazu, NutzerInnen digitale Identitäten zuzuweisen, um sie von Social Bots unterscheiden zu können.

Schließlich empfiehlt es sich, die Medien-Daten-Kompetenz von Regierenden und öffentlichen Ämtern aber auch von anderen Multiplikatoren wie z. B. JournalistInnen zu erhöhen und die soziale Medien-Kompetenz von Parteien so zu regeln, dass Vielfältigkeit und Verantwortlichkeit von Inhalten nachvollziehbar wird. Ergänzend dazu ist auch eine generelle Moderationspflicht bzw. die Verpflichtung zur Schaffung redaktioneller Kapazitäten für die Moderation von Kommentaren in „sozialen Medien“ sinnvoll. Erst so können Desinformation und Hetze effektiv verhindert werden.

## *Begründung für die Sozial Robuste Orientierung*

**SoRO 5.3 Demokratiefähigkeit:** Um die individuellen Voraussetzungen eines demokratischen Gesellschaftsmodells unter Prämissen der Informationsarchitekturen „sozialer Medien“ dauerhaft sicherzustellen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, die im Alltag der Informationsbeschaffung der BürgerInnen Güte und Transparenz der Daten sicherstellen: Datentransparenz auf Seite der Provider und Datenkompetenz auf Seite der Bürger\*innen, vermittelt durch Mechanismen, die beides bestmöglich befördern.

(siehe Weißbuchlink Hinweis in SoRO-Box SI5.1)

In Demokratien gelten die Entscheidungen von Mehrheiten, die sich je nach Themenlage immer wieder neu organisieren. Voraussetzung

dafür ist die freie Meinungsbildung der oder des Einzelnen. Will man den Zusammenhang von Freiheitlichkeit und Meinungsbildung aufrechterhalten, muss man ihn dort schützen, wo er gefährdet ist: in und im Umfeld der Daten-Architektur „sozialer Medien“.

## Literatur zu den wesentlichen Aussagen

- Habermas, J. (1962). Strukturwandel der Öffentlichkeit. Luchterhand.
- Habermas, J. (1994). Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats (Vol. 4). Suhrkamp Verlag.
- Hofheinz, A. (2013). Soziale Medien im Arabischen Frühling. In: Schneiders T. (eds) Der Arabische Frühling. Springer: Wiesbaden.  
[https://doi.org/10.1007/978-3-658-01174-1\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-658-01174-1_7)
- Lynch, M. P. (2017). The Internet of Us. Knowing More and Understanding Less in the Age of Big Data. Norton.
- May, M. (2007). Demokratiefähigkeit und Bürgerkompetenzen: Kompetenztheoretische und normative Grundlagen der politischen Bildung (Vol. 26). Springer.
- Pörksen, B. (2018). „Die Deregulierung des Wahrheitsmarktes. Von der Macht der Desinformation im digitalen Zeitalter, in Blamberger et al. (eds.) Vom Umgang mit Fakten. Antworten aus Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften 11 – 23. Fink.
- Rawls, J. (2005). Political liberalism. Columbia University Press.
- Renn, O., Deuschle, J., Jäger, A., & Weimer-Jehle, W. (eds.). (2007). Diskursive Verfahren zur Lösung von Ziel- und Transformationskonflikten. In Leitbild Nachhaltigkeit: Eine normativ-funktionale Konzeption und ihre Umsetzung, pp. 169 – 187. Springer. [https://doi.org/10.1007/978-3-531-90495-5\\_7](https://doi.org/10.1007/978-3-531-90495-5_7)
- Strohschneider, P. (2018). Wahrheit und Macht. Populistische und szientokratische Kurzschlüsse, in: Blamberger et al. (eds.) Vom Umgang mit Fakten, p. 1 – 11. Fink.  
[https://doi.org/10.30965/9783770563814\\_002](https://doi.org/10.30965/9783770563814_002)
- Sugiyama, M., et al. (2017). Unintended side effects of digital transition: Perspectives of Japanese Experts. Sustainability 9 (12), 2193.  
<https://doi.org/10.3390/su9122193>